

Die Reformpolitik Emmanuel Macrons

In seiner kurzen Amtszeit brachte der französische Staatspräsident Macron schon wesentliche Reformen für sein Land auf den Weg, und er unterbreitete weithin beachtete Vorschläge zur Reform der EU.

Um diese Initiativen Macrons ging es beim Business Lunch am 29.11. mit der **Botschafterin der Französischen Republik in Deutschland, Anne-Marie Descôtes**. Eingeladen hatte die IHK München und Oberbayern. Unterstützt wurde die Veranstaltung u.a. von der Europa-Union München.

Alexander Lau, stellvertretender Bereichsleiter Außenpolitik der IHK begrüßte im Namen der IHK. Er unterstrich die Bedeutung europäischer Initiativen für die bayerische Wirtschaft. Walter Brinkmann, stellvertretender Vorsitzender der Europa-Union München spannte in seinem Grußwort den weiten Bogen der von Macron vorgeschlagenen europäischen Initiativen von Außen- und Sicherheitspolitik bis zur Wirtschaftspolitik. Dieses Reformprogramm des neuen französischen Staatspräsidenten, Emmanuel Macron, soll die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der EU intensivieren und die EU zukunftsfähiger machen. Hierfür ist eine handlungsfähige Bundesregierung als Partner essentiell, unterstrich Brinkmann.

Die Botschafterin erläuterte in ihrer Rede die verschiedensten Initiativen, die der neue französische Präsident bereits eingeleitet oder vorgeschlagen hat.

Auf nationaler Ebene strebe Macron mit seinen großen Reformen 1. die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit an und 2. die Konsolidierung des Staatshaushaltes auf 3% bis zum Jahr 2022. Mit der schon auf den Weg gebrachten Arbeitsmarktreform sollten mehr Flexibilität, Sicherheit, Dialog, Vorhersehbarkeit und Vereinfachung erreicht werden und damit eine Verminderung der Arbeitslosigkeit. Diese Reform solle nicht nur den Großunternehmen sondern auch den vielen kleinen Unternehmen Frankreichs helfen. Als Leitlinie, einem durch Deutschland beeinflussten neuen Geist, gelte bei allen Reformprozessen: Auf die Sozialpartner setzen, die Gewerkschaften einbeziehen.

Daneben solle die Ausbildung verbessert und in Schulen wieder die 2-Sprachen-Klassen eingeführt werden. Bedeutend sei auch die anstehende Rentenreform.

Mit seiner Europa-Initiative wolle Macron eine Diskussion darüber anstoßen, wie die EU zukunftsfester gemacht werden könne. Der Präsident strebe keine „Pipeline von Deutschland nach Frankreich“ an, keine „Transferunion“ oder Vergemeinschaftung von Altschulden. Vielmehr ginge es ihm mit seinen Vorschlägen um soziale und steuerliche Konvergenz. Wichtige Stichworte seien hier etwa: eine gemeinsame Bemessungsgrundlage der Besteuerung mit einer Bandbreite für die Steuersätze; Mindestlohn in allen europäischen Ländern – aber keinen europäischen Mindestlohn; Erasmus+ ausgebaut und um Schüler erweitert; Europäische Universitäten; eine „richtige“ Wirtschafts- und Währungsunion; ein Gleichgewicht zwischen Solidarität und Verantwortung.

Im Wesentlichen bezögen sich seine Vorschläge auf die Vollendung der Bankenunion mit einer europäischen Einlagensicherung und einer Kapitalmarktunion, einer Stärkung des ESM und einem Eurozonen-Haushalt.

Die Europa-Initiative Macrons ziele darauf hin, die Souveränität der EU zu stärken in einer Zeit mit zunehmendem Protektionismus der großen Mächte wie USA und China. Man müsse in der EU besser zusammenarbeiten. Deutschland und Frankreich sollten hierbei vorausgehen.

Anschließend stellte sich Frau Descôtes den Fragen, die sie mit großer Sachkenntnis beantwortete. Der anhaltende Beifall unterstrich, dass die Veranstaltung zu einem besseren Verständnis der Politik Frankreichs beigetragen hat.